

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilagen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kleinanzeigen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasensteins & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.
Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Hohn. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 22. März. Im Befinden des
Prinzen Joachim scheint sich eine Besserung ab-
gezeichnet zu haben. Während der gestrigen Abends-
stunden war sein Zustand im Allgemeinen be-
friedigend. Die Schwäche dauert fort; die Gefahr
ist nicht beseitigt und nach wie vor die größte
Ruhe notwendig. Aus diesem Grunde ist auch
gestern vor dem an der Schlossfreiheit gelegenen
Theil des königlichen Schlosses, in dem sich das
Krankenlager befindet, wiederholt Stroh gestreut
worden.

— Die über den Rücktritt des Handels-
ministers Freiherrn von Werder umlaufenden
Gerüchte entbehren nach der „Berl. Kor.“ der
Begründung.

— Der Fürst zu Rabinow gehört dem
diplomatischen Corps schon lange Zeit an. Im
Jahre 1882 trat er den Posten eines außerordent-
lichen Gesandten am großherzoglich sächsischen
Hof zu Weimar an und bei den übrigen sächsi-
schen Staaten an. Er wurde dann in die Nähe
des damaligen Kronprinzen berufen, als derselbe
dem Staatsrath präsidirte. Der Kronprinzliche
Hofmarschall in jener Zeit, Herr von Normann,
wurde aus dem Grunde durch Herrn von Rado-
linski, welchen Namen der Fürst damals noch
führte, ersetzt, weil es wünschenswerth erschien,
daß der an der Spitze des Staatsraths stehende
Kronprinz in seiner nächsten Umgebung eine
politisch gewichtige Persönlichkeit befände, wie dies
von Radoslinski, den man damals in diplomatischen
Kreisen den „Abtanten des Reicheskanzlers“
nannte, in hohem Grade war, während Herr von
Normann nur Solbat gewesen. Als Kaiser
Friedrich zur Regierung kam, erhob er den Grafen
von Radoslinski am 16. April 1888 unter dem
Namen Fürst von Rabinow in den erblichen
Fürstenstand, ernannte ihn dann zu seinem Ober-
hof- und Hofmarschall und zum Reichspräsidenten.
Von allen diesen Aemtern wurde der Fürst ent-
bunden, als er den Vorgesetzten von Radoslinski in
Konstantinopel ablöste. Der Fürst vermählte sich
zum ersten Mal am 4. Juli 1863 mit Lucy
Waleffich in London, wurde am 18. März 1880
Witwer und heirathete am 1. Juni 1892 die
Reichsgräfin Johanna von Oppersdorf.

— Die Ehrengabe zum Geburtstag des
Fürsten Bismarck, welche am 1. April von der
Deputation der Studierenden der Berliner Uni-
versität überreicht werden wird, ist ein vom
Bildhauer Reinert geschaffenes kostbares Werk.
Das Ganze hat die Größe von 1 Meter und hat
die Form einer Herme aus gelbem polirtem
Marmor, sie wird gekrönt von einer Krone des
Fürsten, die sich als eine ausgezeichnete Ver-
feinerung des Meisterwerkes von Reichold Begas
darstellt; auf den Stufen, die zu dem Sockel
führen, steht eine weibliche Idealgestalt, die Kunst,
welche huldvoll einen Vorberzweig emporhält.
Auf der einen Seite des Sockels steht man
das Wappen Bismarcks, auf der anderen das der
Akademie, beide in Facellen; an der Rückseite
breitet ein Adler seine Schwingen über das Wap-
penbild des Reiches. Die Wüste und alle
Ornamente werden bei Martin u. Pilling in
Bronze ausgeführt. Die Inschrift des Werkes
lautet: „Dem Fürsten Bismarck, dem großen
Erbauer des deutschen Reiches.“ Auf der Rück-
seite werden die Worte stehen: „Die Studierenden
der königlichen akademischen Hochschule für die
bildenden Künste zu Berlin.“

— Der „Reichsanz.“ meldet nunmehr die
Abberufung des Generals von Werder aus Peters-
burg wie folgt:

„Seine Majestät der Kaiser haben Allerhöchstdig-
lert: Allerhöchstdiglert außerordentlichen und be-
vollmächtigten Votschafers am kaiserlich russischen
Hof, General der Infanterie und General-Adjutan-
ten von Werder, à la suite des Garde-Füsilier-
Regiments, von dem Posten in St. Petersburg
abzurufen und in den Ruhestand zu versetzen.“

Als sein Nachfolger wurde gestern im Reichs-
tag der gegenwärtig deutsche Votschaffer in
Konstantinopel, Fürst Radoslinski, bezeichnet; er dürfte
in der That diejenige Persönlichkeit sein, betref-
fend in Petersburg angefragt worden, ob sie dort
genehmigt. Bei den in Folge seiner Ernennung
für Petersburg zu erwartenden Verschiebungen im
diplomatischen Dienst des Reiches dürfte u. A.
die Beförderung in München, von Tübingen, und
in Hamburg, von Altona-Wächter in Betracht
kommen.

— Die vom Landtagsabgeordneten Ober-
amtmann Ring in die Welt gesetzte Nachricht,
daß dem landwirtschaftlichen Zentralverein für
Brandenburg und die Niederlausitz von der See-
handlung ein Anleihen von einer halben Million
zu 2 v. H. zur Gründung und Unterstützung
landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften gewährt
worden sei, wird von der „Post“ dahin richtig
gestellt:

„Die Nachricht, die Seehandlung habe dem
Landwirtschaftlichen Zentralverein für Branden-
burg die Summe von 500 000 Mark für Zwecke
der Förderung der Landwirtschaft zu 2 v. H.
versprochen, ist nicht zutreffend. Zunächst sind
wir in der Lage, die von uns vor einigen Tagen
gebrachte Meldung, die Regierung erachte einen
Zinsfuß von 2 1/2 v. H. für zu niedrig, um sich
betreffs seiner dauernd zu binden, voll zu be-
stätigen. Die Seehandlung wird daher Gesuche
um Geld zu 2 v. H., wenigstens vor der Hand,
nicht berücksichtigen. Was nun die oben erwähnte
Meldung betrifft, so hören wir, daß zur Zeit
Unterhandlungen mit verschiedenen landwirth-
schaftlichen Zentralvereinen schweben, ihnen gegen
Hinterlegung von Sicherheiten im Rahmen der
heutigen Gesetzgebung auf kurze Zeit zum Zins-
fuß von 2 1/2 v. H. Geld zur Verfügung zu
stellen. Es handelt sich da also um durchaus
keine außerordentliche Maßnahme, sondern um
ein Geschäft, wie es täglich vorkommt. Uebrigens
sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen
und die einzelnen Bedingungen noch nicht fest-
gestellt.“

In dieser Form klingt die Sache wesentlich
anders als in der Darstellung des Abgeordneten
Ring. Es bleibt freilich noch aufzuklären, wie ein
solches Mißverständnis entstehen konnte.

— Nach einer im Reichs-Eisenbahn-Amt
gefertigten Uebersicht über die Beleuchtungsan-
lagen in den Personenzügen der deutschen Eisen-
bahnen (ausschließlich Bahnhöfe) hat in dem Zeit-
raume von 1886 bis 1894 die Gasbeleuchtung
erheblich an Umfang zu-, die Öl- und Kerzen-
beleuchtung dagegen abgenommen. Von der Ge-
samtheit der vorhandenen Personenzüge sind
jetzt 85,4 v. H. gegen 60,7 v. H. im Jahre 1886
mit Gasbeleuchtung versehen. Die Anzahl der

durch Del erleuchteten Wagen ist von 270 v. H.
auf 10,0 v. H., die Anzahl der durch Kerzen er-
leuchteten von 12,3 v. H. auf 4,6 v. H. zurück-
gegangen. Die elektrische Beleuchtung hat von den
Eisenbahn-Verwaltungen nur die Dortmunder
Eisenbahn-Gesellschaft, die ihre
sämtlichen Personenzüge mit Akkumulatoren der
Hagener Akkumulatoren-Werke beleuchtet, einge-
richtet. Von zwei kaiserlich preussischen Eisenbahn-
Direktionen werden Versuche mit Akkumulatoren
von der Rhotinsky und von der Firma H. P. u.
Komp. in Berlin angestellt. Außerdem benutzt
die Reichspostverwaltung die Elektrizität in grö-
ßerem Maße zur Beleuchtung der Bahnpost-
wagen. Sie hat einen beträchtlichen Theil ihrer
im Betriebe befindlichen Wagen mit Akkumu-
latoren der Firma W. A. Böse in Berlin ausge-
rüstet und damit bis jetzt sehr zufriedenstellende
Ergebnisse erzielt.

— Während in der Elbe die Thätigkeit der
Eisenschmelzer sich nur auf dem unteren Theil
der preussischen Bucht beschränken muß, ge-
statten die Wasserverhältnisse der Weichsel den Eis-
schmelzern, ihre Arbeit weiter stromaufwärts
fortzusetzen. Schon im vorigen Jahre ist zum
Theil unter persönlicher Leitung des Oberpräsi-
denten, dem die Strombauverwaltung untersteht,
bis weit über die Grenze des Regierungsbezirks
Danzig hinaus mit den Dampfmaschinen vorge-
gangen, im laufenden Jahre hat sich ihre Arbeit bis
nahe an die russische Grenze erstreckt, mitbin so ziem-
lich die ganze Stromstrecke innerhalb Preussens
umfaßt.

Wenn mitgetheilt wird, daß der Oberpräsi-
dent von Westpreußen außer über die Thätigkeit der
Eisenschmelzer auch über die Weichselregulierung
persönlich St. Marienfeld berichten soll, so dürfte
damit nicht eigentlich das verstanden sein, was
gemeinlich bei unseren schiffbaren Flüssen als
Regulierung bezeichnet wird, nämlich die Her-
stellung einer bestimmten Fahrtrasse. Es handelt
sich vielmehr wohl um die Herstellung der neuen,
dem Stromlaufe mehr entsprechenden Mündung
der Weichsel, welche vom Staate unter finanzieller
Mitwirkung der hauptbetheiligten Reichverbände
mittels eines Durchschlages der Mündung bei Steders-
fähre durchgeführt wird und der Vollenendung
nahe ist.

Man bezweckt mit dieser Verlegung den Ge-
fahren zu begegnen, mit welchen die häufigen
schweren Eisverwehungen an der jetzigen wech-
seligen Mündung bei Neufähr die angrenzenden
Niederungsgegenden bedrohen. Der Plan des
Baues selbst geht dahin, daß der Durchschlag im
Interesse der Vermeidung der Baukosten nicht in
seinem vollen Abmessungen ganz ausgehoben ist,
sondern nur soweit, daß der Strom sein neues
Bett durch Fortspülen des leichteren Bodens sich
selbst herstellen kann. Die Bauarbeiten sind so-
weit vorgeschritten, daß, wenn nicht unvorher-
gesehene Hindernisse eintreten, im Laufe des Früh-
jahres die Einführung des Stromes in die neue
Mündung in Aussicht zu nehmen ist.

Se. Maj. der Kaiser hat dem Fortgang dieser
bedeutenden Bauausführung, welche von einer dem
Oberpräsidenten unterstellten, besonderen Aus-
führungskommission geleitet wird, besonderes Inter-
esse gewidmet, und man wird daher wohl in der
Annahme nicht fehlgehen, daß es sich um die Be-
richtstattung über den erwähnten Schlusssatz der
Bauausführung und über die dafür zu treffenden
Anordnungen handeln dürfte.

— Der Bundesrath hat, wie jetzt festzustellen
ist, an dem Entwurf zur Brauntweinsteuervorlage
eine ganze Anzahl von Änderungen getroffen.
Hervorzuheben ist daraus zunächst, daß die Steuer
für diejenigen Brennereien, für welche die durch
das Gesetz angeordneten Betriebsanordnungen und
Kontrollen in Wegfall kommen können, außer von
der Material- oder Maischmenge, welche während
der erklärten Betriebszeit mit der zum Gebrauch
bestimmten Brennvorrichtung nach ihrer Leistungs-
fähigkeit abgetrieben werden kann, auch von dem
angewandten Maischbottichraum oder der zur Ver-
arbeitung auf Brauntwein angemeldeten Stoff-
menge durch die Steuerbehörde im Voraus fest-
gesetzt werden kann. Ferner ist neu bestimmt, daß
die Steuerbehörde Materialbrennereien auch ohne
deren Antrag dem Zuschlag der Verbrauchsabgabe
statt der Materialsteuer unterstellen kann. Auch
bezüglich der Brennsteuer ist eine Änderung ge-
troffen. Während in dem ersten Entwurfe vorgesehen
war, daß die landwirthschaftlichen Brennereien,
welche während des ganzen Betriebsjahres ohne
Hefenzerzeugung arbeiten, außer dem sonst gültigen
Satz noch eine Brennsteuer für jedes in der Zeit
vom 1. Juni bis 15. September hergestellte
Hektoliter reinen Alkohols von 2, 3 oder 5 Mark,
je nach der Größe des bemessenen Bottichraums,
zahlen sollen, ist diese letztere Steuer für die land-
wirthschaftlichen Brennereien, die im Laufe des
Betriebsjahres Maischbottichsteuer bezahlt haben,
festgesetzt und auf 1, 2 und 3 Mark ermäßigt.

Des Weiteren ist jetzt ausdrücklich angeordnet,
daß der Vergütungsatz von 6 Mark alle drei Jahre
einer Revision unterzogen wird. Am wichtigsten
ist allerdings der Zusatz, daß in benannten Klassen
verarbeitenden Brennereien, welche im Betriebs-
jahre 1894/95 einen Alkoholverbrauch herstellen,
das Kontingent um mehr als 50 Prozent über-
steigt, für jedes weitere nach dem 31. März 1895
hergestellte Hektoliter reinen Alkohols 5 Mark
Brennsteuer erhoben werden und daß in nicht
kontingentierten Brennereien der bezeichneten Art
jedes in der Zeit vom 1. April bis 30. September
1895 erzeugte Hektoliter reinen Alkohols dieser Ab-
gabe unterliegt. Als Grund hierfür wird ange-
geben, daß seit dem Bekanntwerden der Grund-
züge des Entwurfs die Maischbrennereien ihren
Betrieb sehr erheblich vergrößert haben und daß
dieselben, wenn nicht alsbald gesetzmäßige Vorbe-
rungen getroffen werden, bis zum Antritte des Ge-
setzes den inländischen Markt mit ihrem Brauntwein
überfüllen, für längere Zeit die Spirituspreise
herabdrücken und außerdem die Einführung der
Brennsteuer für große Brauntweinmengen in An-
spruch nehmen würden, für welche die Brenn-
steuer nicht entrichtet worden ist. Schließlich ist
vom Bundesrath auch noch ausdrücklich die Vor-
schrift eingefügt, daß die im Betriebsjahre
1897—98 zum ersten Male vorzunehmende Re-
vision des Gesamtkontingents und die Neu-
bestimmung der Kontingente unter Zugrundelegung
der Ergebnisse der Betriebsjahre 1893—94 bis
1896—97 vorgenommen werden soll.

— Das Programm für die Eröffnungsfeier
des Nord-Ostkanals ist, dem „Damp. Kor.“
zufolge, vom Reichsamt des Innern im Einver-
ständnis mit dem Oberkommando der Marine
und dem Auswärtigen Amt nach Anhörung der

kaiserlichen Kanalcommission festgesetzt worden.
Daß in einzelnen Punkten noch kleinere Abän-
derungen nöthig werden, ist nicht ausgeschlossen, im
Großen und Ganzen dürfte indeß das festgestellte
Programm wohl innegehalten werden.

Der Kaiser trifft am 19. Juni mit sämt-
lichen eingeladenen deutschen und außerdeutschen
Fürstlichkeiten und anderen hervorragenden Per-
sönlichkeiten in Hamburg ein. Die fremden Kriegs-
schiffe gehen direkt nach der Kieler Bucht und
werden dort unter. Die kaiserliche Yacht „Hohen-
zollern“, der Kaiser, Kaiserin und das Panzer-
schiff „Wörth“ sind schon am 18. Juni in Ham-
burg eingetroffen, um gemeinsam mit der „Augusta
Victoria“ und der „Normanna“ den Kaiser und
seine Gäste nach dem Hamburger Festlichkeiten
elbawärts zu führen.

Am Morgen des 20. Juni geht der Kaiser
mit seinen Gästen in Brunsbüttel an Land, um
die Schleusenwerke zu besichtigen und den Kanal
in feierlicher Weise dem Verkehr zu übergeben.
Alsdann dampft das kaiserliche Geschwader durch
die Schleusen die neue Kaiserstraße entlang nord-
wärts durch die große Brücke, die zur Ueberfö-
hrung der schleswig-holsteinischen Marschbahn dient,
durch den Rundensee und durch die gewaltige Hoch-
brücke bei Grünthal nach Rendsburg. Zum ersten
Male werden die Bewohner im Innern des Meeres
ein Geschwader vorbeiziehen sehen. In Rends-
burg schließt der Tag; das Geschwader geht un-
weit der Stadt vor Anker.

Am 21. Juni findet eine Kaiserparade bei
Rendsburg statt. Am Morgen des 21. Juni geht
der Kaiser mit seinen Gästen bei Rendsburg an
Land, wo verschiedene Infanterie- und Kavallerie-
Regimenter des 9. Armeevorsposten zusammengezo-
gen werden, wahrscheinlich das 84. (v. Manstein), das
85. (Herzog von Holstein), das 86. (Füsilier-
Regiment Königin), das 31. (Graf Basse), sowie
das Infanterieregiment Nr. 16 (Kaiser Franz Josef).
Auf dem großen Übungsplatz veranstaltet der
Kaiser Manöverübungen, die in der großen Pa-
rade ihren Abschluß finden. Gegen Mittag be-
steigen die Festtheilnehmer wieder die Schiffe
und dampfen nach der Kanalmündung bei
Holtensau. Angesichts der Schleusen findet hier
die feierliche Schlussfeier der neuen Wasser-
straße statt. Zum ersten Male hat damit ein
Geschwader das Holsteinland von der Elbwüste
spitze bis zur Nordostküste durchquert. Die Schiffe
dampfen in die Kieler Bucht, in die Diefse hinein,
wo die kaiserliche Flotte von den donnernden
Salutschüssen der einheimischen und fremden Kriegs-
fahrzeuge begrüßt wird. Mehr als 100 deutsche
und ausländische Kriegsschiffe werden sich an der
großen internationalen Flottenparade betheiligen.
Unsere Marine vereint ihr neuestes und bestes
Flottenmaterial in einer Anzahl und Stärke, wie
sie bisher noch niemals gesehen worden ist; mehr
als 60 deutsche Fahrzeuge werden in Kiel ver-
ammelt sein. Die übrigen seefahrenden Nationen
werden gleichfalls mit Schiffen ersten Ranges
paradiren. Abends veranstaltet der Kaiser an
bord der Yacht „Hohenzollern“ und des Panzer-
schiffs „König Wilhelm“ Festlichkeiten, zu denen
die Offiziere aller Nationen eingeladen er-
halten.

Mannheim, 21. März. Der „Neuen Ba-
dischen Landeszeitung“ zufolge wird der neu-
gegründete Verein zur Wahrung der Interessen
des Getreidehandels und der damit verwandten
Verzweigungen eine Abordnung an den Finanz-
minister Dr. A. Bogenberger entsenden, um
gegen die vom badischen Landwirtschaftsrath
befürwortete Aufhebung der gemischten Privat-
transitlager und der Zollfreie als den Platz
Mannheim auf das schwerste schädigend vorstellig
zu werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 21. März. Im Abgeordnetenhaus
gab es heute einen großen Skandal. Es wurde
über den Schluß der Debatte abgestimmt. Prä-
sident Ghymech stellte das Verhältniß der Stim-
men mit 100 gegen 6 Antisemiten fest. Daraus
rief Ghymech: „Es sind nur 93 Mitglieder im
Hause!“ Der Präsident protestirte. Doch Ge-
hmann rief wieder: „Es sind nicht mehr!“ Der
Präsident bezeichnete das als eine Annahme, rief
Gehmann zur Ordnung und erklärte, daß in dem
Moment, als die Konstatierung des Stimmenver-
hältnisses verlangt wurde, eine Anzahl Zunge-
schneidern und Antisemiten das Haus verlassen.
Gehmann blieb bei seiner Behauptung und erhielt
einen neuen Ordnungsruf. Sodann rief er:
„Das ist ein sauberes Präsidium!“ worauf
niederische Rufe „Hans!“ erschollen. Der Ab-
geordnete Petal eilte auf Gehmann zu und rief:
„Das ist eine Bäre!“ Darauf entstand an-
haltender Lärm, der sich erst nach wiederholten
neuen Ordnungsrufen legte.

Frankreich.

Paris, 21. März. Präsident Felix Faure
empfing heute Nachmittag 5 Uhr den Herzog von
Aosta in Privataudienz. Die Unterhaltung,
welcher sonst Niemand beizuwohnen, dauerte etwa
zwanzig Minuten. Der Präsident begab sich
hierauf auf die italienische Botschaft, um dort
seinen Besuch abzustatten.

Italien.

Rom, 21. März. Die Vollerhebungen fahren
fort, zu steigen; für den Zeitraum vom 1. Juli
1894 bis 20. März 1895 übersteigen sie diejenigen
des gleichen Zeitraumes 1893—1894 um
3 800 000 Lire.

Spanien und Portugal.

Die Königin-Regentin von Spanien hat
gestern Nachmittag mit Canalejas, Putzgerber und
Alvarazza konferrirt. Die Persönlichkeit, welche mit
der Bildung des Kabinetes betraut wird, wird
heute bezeichnet werden; ein Kabinet Canovas ge-
winnt an Wahrscheinlichkeit.

Eine Militärzeitung schlägt ein politisches
Programm vor, welches besonders die Verbesse-
rung aller Offiziere nach 40 Dienstjahren zum
Obersten und eine Erhöhung des Armeebudgets
enthält.

Großbritannien und Irland.

London, 21. März. Die stürmischen Szenen
in Thromortonfort wiederholten sich heute
Nachmittag, die Menge bestand hauptsächlich
aus Gefinckel. Zwei Verhaftungen wurden vor-
genommen. Die Polizei, die nicht stark genug
war, um die Menge im Zaum zu halten, wurde
gezwungen, zurückzuweichen.

London, 21. März. Wie dem „Reuterischen
Bureau“ aus Jochama gemeldet wird, bezweifelt

man dort, daß die Friedensunterhandlungen, die
jetzt in Shimonoefski eröffnet werden sollen, einen
Erfolg haben werden. Die japanische Militär-
partei, welche für eine Fortsetzung des Krieges
bis zu einem vollständigen Siege Japans sei,
habe jetzt in der Politik eine vorwiegende Stimme,
und das japanische Parlament theile diese Ansicht.
Inzwischen würden frische Truppen für den
aktiven Dienst abgefordert.

Von Ostfisch, 21. März. In Folge von ver-
schiedenen Vorkommnissen beschloß der Koroner,
die Untersuchung über die mit der „Elbe“ unter-
gegangenen Passagiere auf unbestimmte Zeit zu
verlagern. Der Koroner erhielt von der deutschen
Regierung eine Mittheilung ihrer Absicht, den
Geheimen Regierungsrath Kapitän zur See a. D.
Donner als Vertreter zu entsenden, und zugleich
die Anfrage, ob die Untersuchung weiter hinaus-
geschoben werde. Ebenso empfing er auch die
Bitte um Verlegung von den Eigentümern der
„Grathie“. Was das betrifft, daß die Ver-
handlungen vor dem Rotterdam Gericht noch
nicht zu Ende geführt sind, so verweigern die
Eigentümer der „Grathie“ ihren Zeugen die
Zeugnisaussage zu gestatten; sie machen geltend,
es könne präjudizirend auf das Verdict der
englischen Jury wirken, wenn der Befund des
Rotterdam Gerichtshofes vorher bekannt wäre.
Der Norddeutsche Lloyd theilte dem Koroner mit,
daß die Zeugen in der die „Elbe“ betreffenden
Sache nicht vor einer Woche sich für die Unter-
suchung zur Verfügung stellen könnten.

Rußland.

Petersburg, 21. März. Die Kaiserin-
Wittve ist heute nach Kopenhagen abgereist.

Aus den russischen Ostseeprovinzen,
20. März. Die kurländische Ritterschaft beab-
sichtigte, das alte, rühmlich bewährte Volksschul-
seminar zu Jurmala zu schließen, da auch dieser
Anstalt die russische Unterrichtssprache aufgezwun-
gen worden ist. Neueren Meinungen zufolge hält
man es aber doch für besser, das Seminar auch
mit russischer Lehrsprache weiter fortbestehen zu
lassen, da die Ritterschaft als Erhalterin und Ver-
walterin des Instituts immerhin fortfahren wird,
einen erheblichen Einfluß auf den Bildungsgang
der zukünftigen Volksschullehrer auszuüben.

Asien.

Tientsin, 21. März. Hier herrscht be-
deutende Aufregung. Man glaubt allgemein, daß
die Japaner ein schnelles Vordringen nach hier be-
absichtigen. Die japanische Flotte kreuzte während
der letzten Tage im Golf von Pechili und
hinterließ mehrere Schiffe in ihrem freien Verkehr
in der unverantwortlichen Weise. Einige eng-
lische und deutsche Handelsschiffe wurden ange-
halten und untersucht, ungeachtet des Protestes
ihrer Kapitäne. Dieselben wurden jedoch nicht
lange aufgehalten. Der englische Kreuzer „Neolos“
hat Befehl erhalten, sich in der Nähe von Taku
anzukämpfen, um die Interessen englischer Staats-
angehöriger zu wahren. Die neuesten Berichte
von Taku bezeugen, daß die japanische Flotte nach
dem Süden abgezogen sei, jedoch glaubte man,
dieselbe werde bald zurückkommen. Aus diesem
Grund bereiten die Chinesen eine große Anzahl
Diskussionen vor, mit der Absicht, die japanischen
Schiffe in den Grund zu bohren und dadurch
den Eingang zum Fluß Peiho zu blockiren.

Simonoefski, 21. März. Die japanischen
und chinesischen Delegirten hatten gestern die erste
Zusammenkunft. Unter Beihilfe von diplo-
matischen Sachverständigen unterwarfen sie die
gegenseitigen Vollmachten einer langen und ein-
gehenden Prüfung. Sämtliche Vollmachten und
Bejaubungsschreiben wurden erklärt in der
richtigen Form abgefaßt zu sein und allen An-
sprüchen zu genügen. Hierauf trennten sich die
Delegirten nach Austausch der üblichen Höflich-
keitsbezeugungen. A-Hung-Tschang nebst Gefolge
landete dann und wurde mit großen Ehren
empfangen. Er begab sich sofort nach dem Hotel,
welches für die chinesischen Abgeordneten reservirt
worden war. Die heutige Konferenz dauerte von
2 Uhr 30 bis 4 Uhr Nachmittag. Während
dieser fanden verschiedene diplomatische Wort-
gelegte statt. A-Hung-Tschang strebte danach,
die japanischen Forderungen in ihrer ganzen Aus-
dehnung kennen zu lernen. Vorläufig ist noch
keine Frage in definitiver Weise erledigt, doch hat
sich jetzt nichts zugezogen, was die Möglich-
keit eines Abbruchs der Verhandlungen ver-
muthen ließe.

Afrika.

Ueber die Lage im ehemals ägyptischen Sudan
hat Statin Vey in Kairo erklärt, Osman Digma
lagere drei Tagemärsche von Kassala. Im Ganzen
habe er dort 12 000 Dervische. Kharaifi am
Albarafusse sei die wichtigste Stellung. Der
Kaiser sage wohl den Dervischen, er beabsichtige
denmächtig die Italiener anzugreifen, allein das sei
unmöglich, da das ganze Land jetzt fast wasser-
los sei. Die Dervische können jetzt höchstens die
Grenze gegen einen italienischen Vormarsch vom
Nordwesten beschießen. Des Kaisers Einfluß in
Scharium und Umgebung sei derselbe wie zur
Zeit der Flucht des P. Rossignoli; noch halte er
die Bagarras als wichtigsten Stamm in absolutem
Gehorsam, und sowohl in Omdurman wie im
ganzen Lande sei seine politische, sowie religiöse
Macht völlig vorherrschend. Offenbar beobachte
der Kaiser den Italienern gegenüber eine abwar-
tende militärische Haltung. Er halte seine Truppen
in fortwährender Bereitschaft, allein trotz aller
seiner Reden sei er jetzt nicht im Stande, die
Italiener anzugreifen. Die wirklichen Kämpfe
mühten bis zum Sommer aufgeschoben werden.
Damit stimmen die Nachrichten, die der „Pol.
Korr.“ aus Rom zugehen. Dort macht man sich
auch für einen möglichen maßhaltigen Angriff
in der besten Jahreszeit gefaßt, beabsichtigt aber
gegenwärtig alle vorgeschobenen Stellung.

Weniger zuverlässig sieht man den Vorbereitun-
gen des Ras Mangasch entgegen, die dieser mit
anderen Häuptlingen gegen die Italiener trifft.
General Garatieri errichtete daher in Senafe, das
den Schlüssel des Gebietes von Nubel-Kassala
(des von den Italienern besetzten Gebietes von
Abessinien) bildet, ein befestigtes Lager. Außerdem
werden alle günstigen Punkte zwischen Keen
Agordat und Kassala mit Fortifikationen versehen.
Wie aus Kairo gemeldet wird, empfing der
Kaiser gestern Statin Vey und beehrte ihn auf
das wärmste. Der Kaiser hob die großen Dienste
hervor, die Statin Vey den Kheibiven Ismail
und Tawfi geleistet habe, und sprach die
Hoffnung aus, daß die Erfahrungen, Fähigkeiten
und Kenntnisse Statins im ägyptischen Dienste

wieder Verwendung finden würden. Der Kheibive
erklärte sich eingehend nach den Zuständen im
Omdurman. Statin gab eine genaue Schilder-
ung der Lage im Sudan und fügte hinzu, ob-
gleich das Ansehen des Kaisers abgenommen habe
und er bei den Soldaten nicht beliebt sei, so sei
dennoch jedes militärische Vorgehen gegen den
Kaiser schwierig und erfordere ein starkes Streit-
macht und einen wohlverordneten Operationsplan.
Der Kheibive ernannte Statin Vey zum Pascha.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 22. März. Wie uns ein Privat-
Telegramm aus Berlin meldet, veröffentlicht
eine Extraausgabe des „Reichsanzeigers“ einen
Erlass des Kaisers an den Reichskanzler,
worin anlässlich des Geburtstages weiland Wil-
helms I. und zur Erinnerung an die 25-jährige
Wiederkehr der Errichtung des deutschen Reiches
der Kaiser den Reichskanzler beauftragt, ihm ver-
fassungsmäßige Vorschläge zu unterbreiten, damit
jenen Offizieren, Beamten, Aemtern und Mann-
schaften, welche 1870—71 invalide geworden sind
und an dem weiteren Feldzuge nicht theilnehmen
konnten und dadurch die Anrechnung des zweiten
Kriegsjahres bei der Pensionierung verloren, dieser
Pensionsanspruch sofort erstattet werde; ferner
wünscht der Kaiser die Vereinfachung von Mitteln,
damit jenen Unteroffizieren und Mannschaften, die
1870—71 oder an den von deutschen Staaten vor
1870—71 geführten Kriegen theilnahmen, soweit
sie erwerbsunfähig und kleinerer Pensionen be-
ziehen, künftighin Gehalt erhalten können.

Stettin, 22. März. Die von der Finanz-
kommission beantragte Gehalts- und Pensionen-
höhung für Herrn Oberbürgermeister Dalen, Herrn Bür-
germeister Giesbrecht und die Herren Stadträthe
Straube, Wegand und Meyer wurde von den
Stadtverordneten gestern in nichtöffentlicher
Sitzung bewilligt.

— Dem Vorstande des Pestalozzi-Vereins
der Provinz Pommern ist die Genehmigung er-
theilt, zum Zwecke der Unterstützung von Lehrer-
witwen und Waisen eine Verlosung von ge-
kauften und geschenkten Gegenständen im Monat
April k. J. zu veranstalten. Bei der Verlosung
dürfen Geldgewinne — sei es mittelbar oder un-
mittelbar durch Zuzugung der Zahlung des
Werths der Gewinngegenstände — nicht ausge-
geben werden. Der Vertrieb der Lose bleibt auf den
Bereich der Provinz Pommern beschränkt.

* Der Arbeiter Heinrich Borchert, ein
dem Trunk ergebener Mensch, erhängte sich
vorgestern Nachmittag in einer Kammer seiner
Böttcherstraße 46 gelegenen Wohnung. Als Be-
weggrund für den Selbstmord wird Lebens-
überdruß angegeben.

* Am Abend des 20. März wurde in der
Bergstraße der achtfährigen Tochter des Mit-
glieds des Obervereins eine Kanne Milch, welche das
Kind bei einem Kunden abliefern sollte, von einem
halbwüchsigen Burschen entziffen. Letzterer ent-
ließ mit dem Raube durch die Elisabethstraße.

* In einem Ladengeschäft der Frauenstraße
wurde ein seltener Einmachtopf verunreinigt und
der Polizei übergeben.

* In vorerster Nacht wurde aus einer im
Hause Breitestraße 25 gelegenen Tischlerwerkstatt
Handwerkzeug im Werthe von 18 Mark mittels
Einbruchs gestohlen. Der Dieb war vom
Hof aus eingedrungen, nachdem er eine Fensters-
scheibe des Werkstatttraumes eingedrückt hatte.

Stadt-Haushalt von Stettin

vom 1. April 1895 bis 31. März 1896.

II.

Titel IV. — Verwaltung der An-
lagen und Friedhöfe — ergibt in Ein-
nahme 53 549,58 Mark, in Ausgabe 112 368,27
Mark, so daß ein Zuschuß von 58 818,69 Mark
nöthig wird, 3488,88 Mark mehr als im Vor-
jahre. Für Herstellung von Schmutzplätzen sind
neu eingestellt: 10 000 Mark als letzte Rate für
den Kaiser Wilhelm-Platz, 15 000 Mark für den
Kaiser Wilhelmplatz, 14 800 Mark für den
Augusta-Platz und 200 Mark für den Platz neben
der Hauptwache. Für den Friedhof hinter Zornhof
sind zum Bau einer Beichenhalle 12 000 Mark
und zur Herstellung einer Einfriedigung des
Friedhofes längs der Turnerstraße 4599 Mark
neu eingestellt. Bei Unterhaltung der Schmutz-
plätze sind u. A. für den Platz am Pommerens-
dorfer Friedhofe 2500 Mark eingestellt, die
Finanzkommission beantragt davon 2450 Mark
abzugeben.

Herr Stadtrath Wegand bittet, wenig-
stens 300 Mark einzustellen und wird demgemäß
beschlossen.

Herr Kurz rügt, daß für die Unterhaltung
des Platzes an der Barnitzstraße 665 Mark ein-
gesetzt sind, die Bewohner seien nicht im Stande,
dort die Anlagen zu schätzen und es sei das Geld
fortgezogen, was dort verwendet wird.

In bemeldeten Sinne äußern sich die Herren
Collas und Krause, während
Herr Stadtrath Wegand für die volle
Einfriedigung der beantragten Summe eintritt, da
derselbe eine Besserung erhofft, nachdem die
Schule in der Gegend sich befindet.

Bei der Abkündigung wird der Antrag Kurz
angenommen, ferner werden auf Antrag desselben
Herrn die für den Schmutzplatz an der Passauer-
straße eingestellten 40 Mark und für den Salob-
hofhof eingestellten 100 Mark gestrichen.

Herr Wendt glaubt, daß die Einkünfte des
Bemalters des Friedhofes an der Bernitzstraße
noch immer unverhältnismäßig hoch seien und
18 000 Mark übersteigen, dem derseibe habe noch
große Einnahmen durch geschäftliche Vornahmen,
durch welche andere Gewerbetreibende schwer ge-
schädigt würden. Abhilfe läßt sich nur schaffen,
wenn ein städtischer Beamter mit festem Gehalt
angestellt würde und die Gewerbetreibenden eine
gewisse Kienz an die Stadt zahlten. Wie jetzt
die Sache stehe, sei jede „freie“ Konkurrenz aus-
geschlossen, welche von den städtischen Behörden
gerade gesichert werden sollte. Dem gegenwärtigen
Inspektor, der ein sehr gewiegter Geschäftsmann
sei, könne kein Vorwurf gemacht werden, Sache
der Stadt sei es, Abhilfe zu schaffen. Redner
beantragt, die Neuordnung des Friedhofwesens
nachmals einer gemischten Kommission zur Be-
rathung zu überweisen.

